

Klimawandel verursacht keine Inflation

geschrieben von Chris Frey | 9. April 2024

H. Sterling Burnett

In einer aktuellen Studie in der Zeitschrift *Nature: Communications Earth and Environment* wird behauptet, der Klimawandel trage zur Preisinflation bei. Die Autoren der Studie sagen, dass der Klimawandel die wirtschaftliche Produktivität und die Lebensmittelproduktion beeinträchtigt, was zu höheren Preisen führt. Sie untersuchten mehr als 27 000 monatliche Datenpunkte des Verbraucherpreisindex' rund um den Globus.

Ich kann gar nicht beschreiben, inwiefern diese Behauptung nicht nur schlichtweg falsch, sondern auch auf eine Art und Weise irreführend ist, die eindeutig darauf abzielt, Beschränkungen für die Produktion und Nutzung fossiler Brennstoffe zu motivieren, eine Politik, die tatsächlich die Energiepreise erhöhen, die Nahrungsmittelproduktion schädigen und zu Arbeitsplatzverlusten, höheren Preisen und niedrigeren Einkommen führen würde. Politische Entscheidungsträger, die diese Studie ernst nehmen, könnten politische Maßnahmen ergreifen, die ihrerseits zu einer schlimmeren Inflation führen würden als die, welche die Welt derzeit erlebt und die zum Teil auf die bestehende Klimapolitik zurückzuführen ist.

Ein Artikel der Redaktion der Zeitschrift *Issues & Insights* mit dem Titel „Have We Reached Peak Climate Nuttery?“ (Haben wir den Höhepunkt der Klima-Narretei erreicht?) fasst die törichte Natur dieser Behauptung gut zusammen. Um fair zu sein, kann ich nicht sagen, dass die Verbindung zwischen Klimawandel und Inflation die verrückteste angebliche Verbindung ist, die ich von einigen Wissenschaftlern und den Medien gesehen habe. Schließlich haben einige schon einmal behauptet, der Klimawandel trage zu Scheidungen, Geisteskrankheiten, Hyperaktivität, Aufmerksamkeitsstörungen bei Kindern, steigender Kriminalität, steigendem Drogenkonsum, „kultureller Erosion“ und der erhöhten Wahrscheinlichkeit von Kollisionen mit Weltraumsatelliten bei, neben unzähligen anderen angeblichen Schäden, die alle nichts mit dem Klimawandel zu tun haben, außer in den verdrehten Köpfen dieser Forscher und Medien.

Dennoch ist es offensichtlich idiotisch, den Klimawandel mit der Inflation in Verbindung zu bringen. In erster Linie, um es mit den unsterblichen Worten des Wirtschaftsnobelpreisträgers Milton Friedman zu sagen: „Inflation ist immer und überall ein monetäres Phänomen, in dem Sinne, dass sie nur durch einen schnelleren Anstieg der Geldmenge als der Produktion hervorgerufen wird und werden kann.“ Als man mich um

einen Kommentar zu dem lächerlichen Versuch bat, den Klimawandel mit der Inflation in Verbindung zu bringen, sagte ich, dass der Klimawandel kein Geld druckt und auch keine neuen Programme schafft oder die Staatsausgaben erhöht, die Geld in die Wirtschaft pumpen, wenn die Produktivität nicht steigt, und damit die Fähigkeit privater Unternehmen beeinträchtigt, Zugang zu Kapital für produktive Zwecke zu erhalten, die nicht vom Staat sanktioniert oder subventioniert werden.

Die Behauptung, dass der Klimawandel zu einer Verschlechterung verschiedener Wettertrends führt, die die Regierungen dazu zwingen, Geld zu drucken und auszugeben und damit zur Inflation beizutragen, sollten wir schnell aus der Welt schaffen. *Climate at a Glance* hat sich jedes der Wetterereignisse angesehen, von denen Alarmisten behaupten, dass sie aufgrund des Klimawandels häufiger oder schwerer werden. Ob [Dürre](#), [Überschwemmungen](#), [Hitzewellen](#), [Hurrikane](#), Anstieg des [Meeresspiegels](#), [Tornados](#) oder [Waldbrände](#) – die in *Climate at a Glance* präsentierten Daten und die Aussagen des [IPCC](#), dem vermeintlichen Goldstandard der Klimaforschung, liefern keine Beweise dafür, dass sich einer dieser Trends verschlechtert. Einige haben sich sogar verbessert. Es gibt also keine Anzeichen für Schäden durch den Klimawandel oder eine durch den Klimawandel verursachte Inflation.

Die Inflation hat sich stark auf die Lebensmittelpreise ausgewirkt, aber die Behauptung, dass der Klimawandel zum Inflationsdruck auf die Lebensmittelpreise beiträgt, steht auf noch wackligem Boden als die Annahme, dass er die oben genannten Wetterereignisse verursacht. Wie bei [Climate Realism](#) in mehr als 200 Beiträgen gezeigt, sind die Nahrungsmittelproduktion und die Erträge für die meisten Kulturen in den meisten Ländern und Regionen und für die Welt als Ganzes drastisch gestiegen, als sich die Erde leicht erwärmt hat, was zum Teil auf den CO₂-Düngeeffekt zurückzuführen ist. Grundlegende Getreidekulturen, Zweitfrüchte, Obst, Hülsenfrüchte und Gemüse haben bei der anhaltenden leichten Erwärmung wiederholt neue Rekorde aufgestellt. Wenn der Klimawandel zu einer höheren Nahrungsmittelproduktion beiträgt, und das tut er, dann kann er nicht die Ursache für höhere Lebensmittelpreise sein.

In Europa und anderswo haben die Maßnahmen, die den Landwirten zur Bekämpfung des Klimawandels auferlegt wurden, zu leeren Ladenregalen, höheren Preisen, Unruhen und Bauernprotesten geführt, die Regierungen zu Fall gebracht und Wahlen verschoben haben. Und da landwirtschaftliche Erzeugnisse international gehandelt werden, haben die Auswirkungen der europäischen und (in geringerem Maße) der bisher eher indirekten Hürden seitens der Regierung Biden bzgl. der Lebensmittelproduktion auferlegt hat, auf die Volkswirtschaften in aller Welt übergegriffen und die Lebensmittelpreise überall in die Höhe getrieben. Einige Menschen hungern, andere haben weniger Geld in der Tasche, das sie für andere Waren und Dienstleistungen ausgeben können, darunter auch für andere lebensnotwendige Dinge, da der Bedarf an Lebensmitteln relativ unelastisch ist – jeder muss essen – so dass die Nachfrage hoch bleibt,

während die Regierungen die Produktion unterdrücken.

Die Energiepreise sind ebenfalls gestiegen, da die europäischen Regierungen und die Regierung Biden Beschränkungen für die Entwicklung und Nutzung fossiler Brennstoffe sowie neue Emissionsvorschriften erlassen haben.

Wie in einem Artikel des Heartland Institute mit dem Titel „Biden Energy Policies Cost U.S. Households More Than \$2,300 Since 2021“ (Bidens Energiepolitik kostet US-Haushalte mehr als 2300 Dollar seit 2021) beschrieben, hat die Politik der Biden-Regierung allein in den ersten zwei Jahren den durchschnittlichen amerikanischen Haushalt 2300 Dollar an höheren Energiekosten gebracht. Biden hat die Entwicklung bereits genehmigter Pipelines blockiert und rückgängig gemacht, Öl- und Gasverpachtungspläne verzögert, gesetzliche Fristen monatelang versäumt, die geringste Anzahl von Energieproduktions-Pachtverträgen seit den 1940er Jahren ausgestellt und wiederholt gesetzlich vorgeschriebene Öl- und Gaspachtverkäufe rückgängig gemacht, die erste direkte Bundessteuer auf Methanemissionen verabschiedet und die Pachtgebühren für Onshore-Pachtverträge verdoppelt. Diese und andere Maßnahmen haben die Kosten für Erdgas, Öl, Benzin, Diesel und Flugbenzin in die Höhe getrieben. Bis Juni 2023 haben Bidens Maßnahmen die Strompreise für Privathaushalte um 17 Prozent, die Strompreise für die Industrie um 34 Prozent, die Heizölpreise um 88 Prozent, die Ölpreise um 61 Prozent und die Erdgaspreise um 51 Prozent erhöht.

Energie ist für jede produzierte und gelieferte Ware und Dienstleistung von entscheidender Bedeutung, so dass die Preise für alles andere entsprechend gestiegen sind. Die Beschränkungen für fossile Brennstoffe sind eine der Hauptursachen für den Anstieg der Lebensmittelpreise durch die Regierung Biden. Fossile Brennstoffe sind für jeden Schritt des Prozesses der Lebensmittelproduktion von grundlegender Bedeutung, angefangen bei den Chemikalien, die für Düngemittel und Pestizide verwendet werden (für die Biden Einfuhrbeschränkungen erlassen hat), bis hin zu den Kraftstoffen, die für Traktoren, Lagereinrichtungen, Gefrierschränke und die Lastwagen verwendet werden, welche die Lebensmittel vom Feld zum Markt transportieren. Höhere Kraftstoffpreise bedeuten höhere Lebensmittelpreise.

Hinzu kommen all die Gelder, die die US-Regierung und Regierungen auf der ganzen Welt im Zusammenhang mit dem Wuhan-Coronavirus in die Wirtschaft gesteckt haben, um auf die von den gleichen Regierungen verhängten Einfuhrbeschränkungen zu reagieren. In den Vereinigten Staaten wurden die Ausgaben über die Covid-19-Krise hinaus fortgesetzt, und zwar mit dem lächerlich benannten Inflation Reduction Act, der Hunderte von Milliarden neuer Dollar für die Bekämpfung des Klimawandels vorsah. Durch die mehrfachen Ausgabenerhöhungen der Biden-Regierung wurden Billionen von Dollar in die Wirtschaft gepumpt, und das zu einer Zeit, als die Kraftstoffproduktion zum Erliegen kam oder durch die von den Regierungen verhängten Abriegelungen stark eingeschränkt war, was

auch zu Problemen in der Lieferkette führte.

Das „kostenlose“ Geld der Steuerzahler floss rasch in die Hände der Menschen und steigerte die Nachfrage, während die Produktion nur langsam oder gar nicht stattfand. Das Zusammenspiel dieser Faktoren führte zu der höchsten Inflation seit Jahrzehnten. Das ist das Einmaleins der Wirtschaftswissenschaften: Wenn die Nachfrage hoch, das Angebot aber niedrig ist, steigen die Preise, bis die Nachfrage nachlässt und/oder das Angebot aufholt.

Der Klimawandel verursacht keine Inflation. Das kann er auch nicht, denn die Inflation ist ein Produkt der Geld- und Steuerpolitik, auf die das Klima keinen Einfluss hat. Die Klimapolitik und die Ausgaben der Regierung hingegen haben direkt zu höheren Lebensmittel- und Kraftstoffpreisen geführt, wobei letztere einen sich aufschaukelnden Effekt in der gesamten Wirtschaft haben.

Quellen: [Issues & Insights](#); [Issues & Insights](#); [The Heartland Institute](#); [Nature: Communications Earth & Environment](#)

Link:

<https://heartlanddailynews.com/2024/04/climate-change-weekly-502-climate-change-is-not-causing-inflation/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE